

ANHÖRUNGEN ALS CHANCEN BESSER NUTZEN

RÜCKBLICK AUF DAS GESCHÄFTSJAHR 2013 DER KSBS

Von Gaby Hintermann,
Präsidentin der KSBS im Namen des Vorstandes

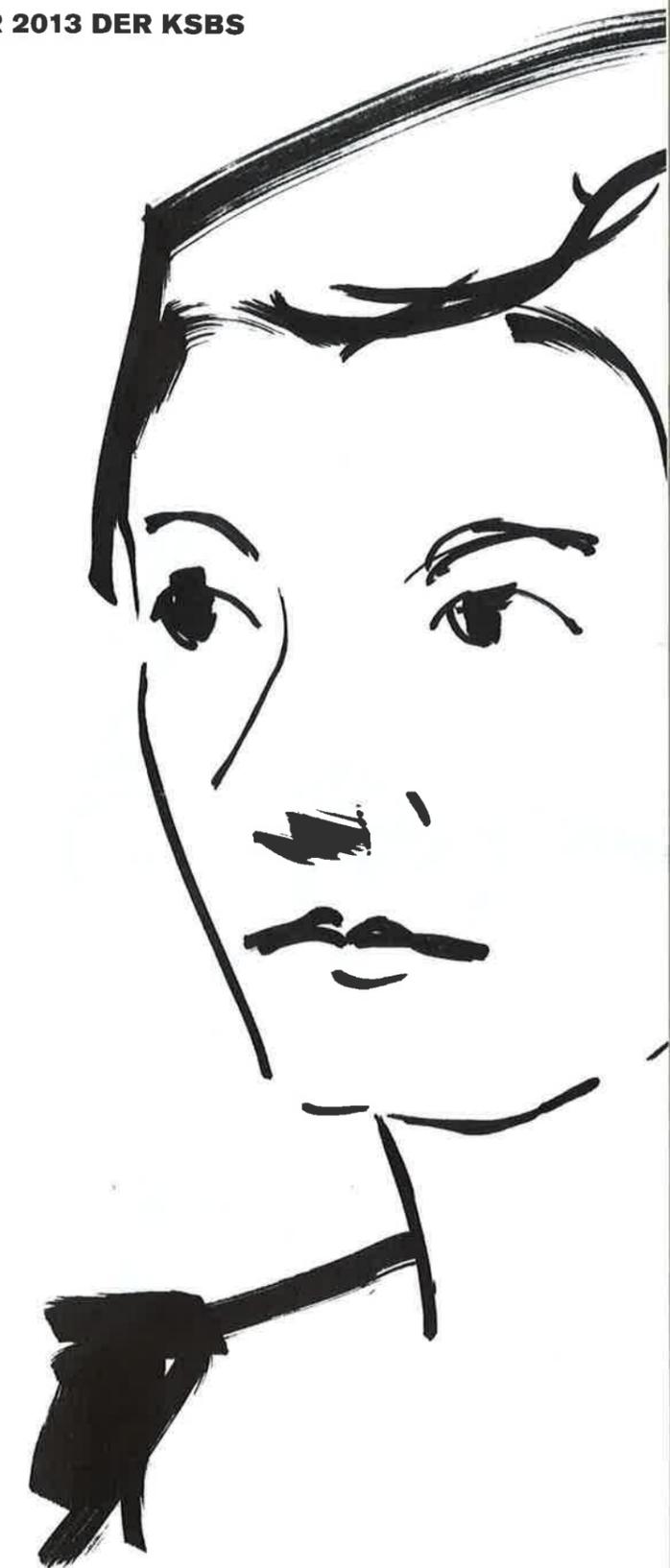
Die Kantonale Schulkonferenz – für Nostalgikerinnen und Gewohnheitstiere: Ja, das war bis Mitte Jahr noch die Staatliche Schulsynode – ist die innerbetriebliche Vertretung und das Vernehmlassungsorgan der Basler Lehr- und Fachpersonen. Ihr Hauptauftrag besteht auch nach dem Namenswechsel darin, zu allen wichtigen Fragen des Erziehungswesens Stellung zu nehmen, indem sie die Sichtweise ihrer Mitglieder einholt, bündelt und den Stimmen aus der Praxis ein möglichst grosses Gehör verschafft. Die KSBS will ihr Anhörungsrecht unbedingt wahrnehmen – die Fülle an Umstrukturierungen, Neuerungen und damit verbundenen Fragen brachte ihre Mitglieder aber im vergangenen Jahr hin und wieder auch an die Grenzen ihrer Lese- und Reflexionskompetenzen. Der gegenwärtige Strukturumbau ist für alle eine grosse Herausforderung.

Das Klagen über fehlende Zeit ist müssig. Immer nur festzustellen, dass man da halt «nichts machen» kann, scheint aber auch nicht besonders phantasievoll. In Basel-Stadt bleibt an den Volksschulen zurzeit kaum ein Stein auf dem anderen. Darin liegen sowohl grosse Chancen als auch hohe Risiken.

Diverse Kolleginnen und Kollegen engagieren sich in dieser bewegten Zeit in zahlreichen Arbeitsgruppen, in denen spannende Diskussionen geführt werden und um Positionen gerungen wird. Die AG-Mitglieder bleiben aber meist unter sich. Es fehlt häufig die Zeit, um während dieser Arbeit oder spätestens im Anschluss daran die restlichen Kolleginnen und Kollegen mitzunehmen, um mit diesen in einen Austausch zu kommen, Prozesse der Arbeitsgruppen sichtbar zu machen, die entstanden Ideen auf einen ernstgemeinten Prüfstand zu stellen, sich mit Einwänden auseinander zu setzen, zu diskutieren, sich anzunähern und eine optimale, finanzierbare Lösung zu finden.

DEN BODEN VORBEREITEN

Viele Lehr- und Fachpersonen werden aber oft unvorbereitet mit Fragen konfrontiert, zu denen sie sich nur noch sehr bedingt äussern können. Das trägt einfach nicht dazu bei, dass man sich mitgenommen fühlt, dass man sich freudig aufmachen und die vielen Reformschritte mittragen mag, sondern man fühlt sich überrollt, empfindet das Anhörungsrecht als Alibiübung und resigniert. Das zumindest konnte im vergangenen Jahr beobachtet werden. Und damit wird in diesem Grossumbau eine wichtige Chance vertan. Viele gute – oder gut gemeinte – Ideen können



im Moment kaum noch auf fruchtbaren Boden fallen, weil es mehr Zeit bräuchte, um diesen Boden erst einmal vorzubereiten. Es fragt sich darum, ob es wirklich nicht möglich ist, sich diese Zeit – für eine gute Schule – hin und wieder zu nehmen?

Der folgende Jahresbericht soll einzelne Geschäfte nochmals kurz beleuchten und Ihnen einen Überblick geben, womit sich der Vorstand und der Leitende Ausschuss der KSBS im vergangenen Jahr hauptsächlich beschäftigt haben.

ZEITSTRUKTUREN

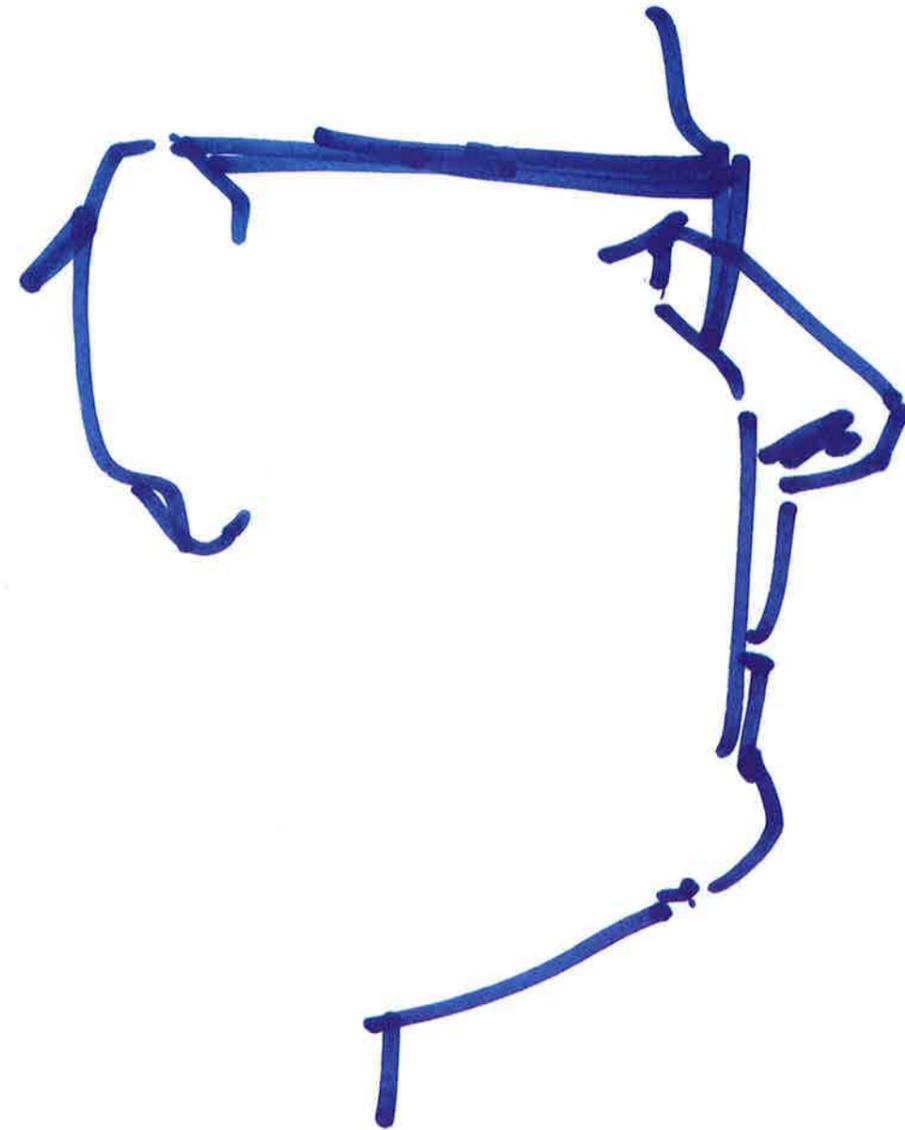
Ab dem Schuljahr 2015/16 (für die Gymnasien bereits ab 14/15) werden an den Basler Schulen neue Stundentafeln eingeführt. Parallel dazu wurde eine neue Wochenzeitstruktur ausgearbeitet, welche die Rahmenvorgaben für die Umsetzung dieser Stundentafeln festlegt. Die Konferenzen wurden zu Beginn des Jahres dazu aufgefordert, sich zu diesen Vorgaben zu äussern. Die grösste Herausforderung bestand darin, Unterrichts- und Betreuungszeiten und die damit verbundenen unterschiedlichen Bedürfnisse und pädagogischen Ansprüche unter einen Hut zu bringen: Die Zeiten sollten «kundenfreundlich, einfach und verlässlich sein, sowie einen beruhigten Unterricht ermöglichen».

In der Konsultation wurde deutlich, dass Tagesstrukturen und Unterricht noch zu wenig als Einheit, sondern eher als Ergänzung gedacht werden. Eine qualitativ hochstehende Tagesstruktur kann aber nicht vom Unterricht losgelöst betrachtet werden und ist auf bestimmte Voraussetzungen angewiesen, die im ersten Entwurf zu wenig berücksichtigt wurden. Darauf hat die KSBS unter anderem hingewiesen. Die neue Zeitstruktur wurde nach der Anhörung in diversen Punkten im Sinne der KSBS angepasst und. Mit der neuen Regelung wird der Schulbeginn für die ganze Volksschule auf 8.00 Uhr festgelegt wurde.

SONDERPÄDAGOGIKVERORDNUNG

Im Frühling hatte sich die KSBS mit einer Anpassung der Sonderpädagogikverordnung auseinanderzusetzen. Einmal mehr wurde deutlich, in welcher sensiblen Phase sich das Thema Förderung und Integration zurzeit befindet. Während das Erziehungsdepartement von «nötigen Anpassungen an die bestehende Praxis» sprach, brachte die Basis auch bei dieser Gelegenheit grundsätzliche Zweifel und Bedenken zur Umsetzbarkeit zum Ausdruck. Das Thema Förderung und Integration bewegt die Basler Lehr- und Fachpersonen nach wie vor stark, auch wenn die Projektphase offiziell abgeschlossen und die Überführung in die Liniverantwortung vollzogen wurde. Der parallel laufende Strukturwandel durch die Schulharmonisierung erschwert das Gelingen ausserdem zusätzlich.

Dass die Veränderungen im Zuge der integrativen Schule nach Ansicht vieler Praktikerinnen und Praktiker zu schnell und zu prinzipiell erfolgen, zeigte sich besonders stark beim Thema «Einführungsklassen». Die ersatzlose Aufhebung dieses Angebots entfachte eine hitzige Debatte, in der bis heute eine Differenz zwischen dem ED und der KSBS bestehen bleibt. Aus Sicht der Lehrpersonen kann dieses zeitlich begrenzte separate Angebot sehr integrativ wirken und erfüllt die Bedingungen für ein sonderpädagogisches Förderangebot, obwohl es von seiner



Anlage her eher den «Verstärkte Massnahmen» zugeordnet werden müsste. Es sollte darum in der Verordnung in die Liste der möglichen Förderangebote aufgenommen, statt gestrichen werden.

Eine grosse Sorge in Zusammenhang mit F&I bleibt auch der Mangel an qualifizierten Heilpädagoginnen und Heilpädagogen sowie anderem Fachpersonal (beispielsweise Psychomotorik). Dass in der überarbeiteten Verordnung die Möglichkeit von Teamteaching statt heilpädagogischer Begleitung als Möglichkeit eine rechtliche Grundlage bekommt, löste kontroverse Diskussionen aus.

FÖRDERUNG UND INTEGRATION

Die Primarstufe ist aktuell wirklich nicht zu beneiden. Kaum eine Neuerung, von der sie nicht betroffen ist: Das Zusammenwachsen mit den Kindergartenlehrpersonen zu einer gemeinsamen Schulstufe ist noch in vollem Gang und die Verlängerung der Primarschulzeit um zwei Jahre bringt neue Kolleginnen und

Kollegen der OS an die Standorte. Es gibt Umzüge zu bewältigen und Lehrpersonen, die nur für eine kurze Übergangszeit im Kollegium sein werden, trotzdem einzubinden. Eine neue Schullaufbahnverordnung ist in Kraft getreten, erstmals wurden Checks durchgeführt, Logopädie und Psychomotorik sind nun am Standort, Schulleitungen mit neuen Kompetenzen sind noch nicht routiniert und – als wäre es nicht schon genug – auch die Umsetzung des Integrationsauftrags bringt grosse Veränderungen mit sich.

Aus Sicht des Erziehungsdepartements geschieht dies zwar «behaltsam» (!) – man kann aber offensichtlich auch behutsam ein Fass zum Überlaufen bringen. Die schon länger beschlossene und nun bevorstehende vollständige Auflösung von Einführungs- und Fremdsprachenklassen ist 2013 vielerorts auf grosses Unverständnis gestossen. Viele sehen darin eine Auflösung von Kompetenzzentren, in denen sowohl für die Schülerinnen und Schüler, als auch für die Lehrpersonen wertvolle Arbeit geleistet wurde, die sie integrativ nicht in derselben Qualität garantiert



sehen. Die KSBS ist der Meinung, dass gelingende Integration eingespielte Teams und gute Rahmenbedingungen braucht, die während des Strukturumbaus einfach nicht gegeben sind – zu vieles ist derzeit neu.

In dieser Ausnahmesituation drängt sich die Frage auf, ob es nicht möglich ist, das eine oder andere Mal einen Zwischenstopp einzulegen, etwas zurückzustellen, um wieder zu Kräften zu kommen. Zum Beispiel Verbundlösungen für separative Angebote momentan noch zuzulassen, wenn gewisse Standorte ihre Aufgabe so am besten bewältigen können. Die Integration von möglichst allen Kindern in die Regelschule bleibt das Ziel, den Weg dahin wählt man aber etwas weniger direkt oder plant mehr Pausen ein, um nicht bereits nach der Hälfte völlig ausgepowert aufgeben zu müssen. Auch Lehrpersonen brauchen Zeit, um sich gewisse neue Kompetenzen erst anzueignen und fit für den neuen Auftrag zu sein.

Um im komplexen Thema Förderung und Integration in einem regelmässigen Austausch mit der Volksschulleitung, Schulleitungen und Fachpersonen zu bleiben, wurde eine Begleitgruppe F&I institutionalisiert, die bei Bedarf einberufen wird. Solche Treffen fanden 2013 bereits zweimal statt.

SCHULGESETZÄNDERUNGEN

Gleich zweimal durfte sich der Vorstand im vergangenen Jahr mit einer Schulgesetzänderung befassen. Im Frühling noch als SSS – um unter anderem den eigenen Namen zu Grabe zu tragen – im Herbst als KSBS, um weitere Anpassungen in grösstenteils weniger sensiblen Bereichen zur Kenntnis zu nehmen.

Hatte die erste Änderung zwar eine durchaus humoristische Note (nicht jeder und jedem erschliesst sich die Notwendigkeit der Namensänderung sofort), so bescherte sie dem Leitenden Ausschuss einiges an lästiger Zusatzarbeit. Es gibt – durchaus auch an der Leimenstrasse – nicht wenige, denen der neue Name bis heute noch nicht flüssig über die Lippen kommt. Weitere Auswirkungen dieser Änderung sind beispielsweise eine Anpassung der Zusammensetzung des Vorstands und die neue Ausgestaltung der Gesamtkonferenz, zu der Sie in diesem Heft die Einladung finden.

Die zweite Änderung umfasst diverse Punkte, denen die KSBS zustimmte (Privatschulen, Verankerung Schulsozialarbeit, Unbefristete Anstellungen, JAZ, Unterstützungsangebote, Reorga-

nisation ED). Eine grosse Differenz gab es allerdings bei der vorgesehenen gesetzlichen Verankerung von Fachgruppen und Fachkonferenzen auf allen Schulstufen. Die KSBS hält diese Regelung auf Gesetzesebene für unverhältnismässig und will an einer ausschliesslich freiwilligen Zusammenarbeit, da wo diese als sinnvoll und unterstützend erachtet wird, festhalten. Die Einführung eines neuen Lehrplans oder einer Schullaufbahnverordnung rechtfertigen einen eigenen Paragraphen dafür im Gesetz nicht.

CHECK P3

Im Herbst wurde in den 3. Primarschulklassen erstmals der Check P3 durchgeführt. Flächendeckend. Die KSBS begleitet dieses Unterfangen schon seit längerer Zeit kritisch und hat nach wie vor Zweifel bezüglich Aufwand und Ertrag von flächendeckenden Leistungstests, die gleichzeitig förderorientierten Charakter haben sollen. Für viele ist der Widerspruch in diesem Unterfangen nach wie vor grösser als der mögliche Nutzen. Gewiss braucht es hier auch noch mehr Erfahrungen und etwas Geduld, um den versprochenen Nutzen für den Unterricht möglicherweise noch zu entdecken.

Entsprechend gingen bei der KSBS auch viele und heftige Reaktionen ein. Die Rückmeldungen wurden von den verantwortlichen Stellen gesammelt, ausgewertet und auch Anpassungen und Verbesserungen eingeleitet. Die KSBS versucht den Dialog über die ungeliebten Checks aufrechtzuerhalten (im kommenden Herbst folgt bereits P6), Anliegen der Lehrpersonen aufzunehmen und immer wieder den Finger drauf zu halten, wie schwierig es – trotz anderslautender Versprechen und Massnahmen – sein wird, dass es nicht zu Rankings kommt. Das Vertrauen in die Verantwortlichen des Erziehungsdepartements ist diesbezüglich zwar vorhanden, dasjenige in die Öffentlichkeit und die Medien aber nicht. Die Headline von Anfang März «Basel-Stadt muss nachsitzen» reicht uns als Vorgeschmack.

Nach der ersten Durchführung bleibt vorerst die Überzeugung, dass standardisierte Tests wenig – oder noch schlimmer: das Falsche – zum Bildungserfolg beitragen, zu stark auf etwas Abfragbares fokussieren und so Schule immer stärker auf etwas reduziert wird, was sie nicht sein sollte.





LEHRPLAN 21

Ebenfalls im Herbst konnten wir zum Entwurf des Lehrplans 21 Stellung nehmen. Dieses umfassende Werk vernünftig – also für die Lehrpersonen neben ihrem Alltagsgeschäft auch bewältigbar – in eine Vernehmlassung zu geben, stellte die KSBS vor eine schier unlösbare Aufgabe. Da waren auf der einen Seite diese vielen Seiten und auf der anderen der befürchtete geringe Einfluss einer einzelnen Stellungnahme bei einer gesamtschweizerischen Vernehmlassung.

Die KSBS entschied sich deshalb für ein möglichst ressourcenschonendes Verfahren im Delegationsprinzip mit «Expertinengruppen» zu den einzelnen Fachbereichen. Der Entwurf wurde zwar nicht von allen Lehrpersonen eingehend diskutiert, es konnten aber einzelne Punkte von Interessierten wirklich besprochen werden. So kam es – bei aller Skepsis zum Umfang und anderen monierten Punkten – zu einer grundsätzlichen Zustimmung zur Stossrichtung des neuen Lehrplans und zur Haltung, dass man damit durchaus irgendwie arbeiten können werde. Ausserdem entstand eine Sammlung von Fragen, die vor allem auf die Umsetzung im Zusammenhang mit den kantonalen Stundentafeln zielt. Diese Rückmeldungen wurden der Projektleitung ebenfalls übergeben, beziehungsweise werden in der Begleitgruppe zur Einführungsplanung weiterhin eingebracht.

Das Ringen um den Lehrplan 21 ist noch lange nicht abgeschlossen, es gibt diverse strittige Punkte und es bleibt offen, wie das Werk nach beendeter Vernehmlassungsphase nun überarbeitet wird. Eines ist aber bereits zum jetzigen Zeitpunkt besonders wichtig: Wir Lehrpersonen dürfen nicht zulassen, dass der Eindruck entsteht, die Schule würde in Zukunft schlechter, weil die Kompetenzorientierung auf eine Marginalisierung von Wissenszielen zielt. Wissen ist die Basis, um kompetent zu handeln. Sorgen wir selber in den Klassenzimmern dafür, dass Wissen nicht starr bleibt, sondern auch angewendet werden kann. Das haben wir jetzt schon in der Hand und mit dem neuen Lehrplan erst recht. Weil wir Profis fürs Lernen sind – als Lehrende und Beratende.

SCHULBAUTEN

Die Ausgestaltung des Schulhauses, der Unterrichtsräume sowie der Schulhausumgebung beeinflussen das Lernen ganz entscheidend. Die KSBS hat sich daher auch im Jahr 2013 mit Schulraumfragen beschäftigt. Im Zentrum der Arbeit standen dabei die geplanten sowie die bereits realisierten Umbauprojekte im Rahmen der Schulharmonisierung. In enger Zusammenarbeit mit dem ED, insbesondere mit der Abteilung Raum und Anlagen, wurden die laufenden Prozesse analysiert und diskutiert. Mit dem von der KSBS im Januar 2013 durchgeführten Austauschtreffen für die Raumverantwortlichen aller Schulen, konnte zudem eine Plattform für gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch geschaffen werden, die von insgesamt 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aktiv genutzt wurde.

Beim Mammutprojekt «Schulraum-Umbau» fand im Sommer 2013 eine sehr intensive Umsetzungsphase statt: Ganze Schulen zogen in provisorische Schulgebäude um, enorme Zügelaktionen waren die Folge. An manchen Schulen wurden in-



nerter kürzester Zeit gewaltige Renovationsarbeiten durchgeführt und abgeschlossen, die andernorts parallel zum schulischen Alltagsbetrieb noch andauern. Und in der Pipeline der Basler Schulen befinden sich bereits viele weitere bauliche Grossaktionen, die in den kommenden Jahre stattfinden werden.

Die KSBS achtet bei all diesen Umbauvorhaben darauf, dass der Pädagogik sowohl in der Projektierungsphase als auch während der konkreten Bauarbeiten grösstmögliche Bedeutung beigemessen wird. Daher haben die Mitglieder des Leitenden Ausschusses auch 2013 einige vom Umbau direkt betroffene Schulstandorte vor Ort besucht und bei dieser Gelegenheit das direkte Gespräch mit den anwesenden Lehr- und Fachpersonen gesucht. Zudem setzt sich die KSBS weiterhin für die Einhaltung der Raumstandards an sämtlichen Basler Schulen ein, dies insbesondere auch bei den Kindergartenlokalitäten.

GEMEINSAMES PRÜFEN AN GYMNASIEN

Der Regierungsratsausschuss des Bildungsraums Nordwestschweiz hat im August Richtlinien über die Durchführung gemeinsamer Prüfungen an den Gymnasien in den Kantonen Basel-Stadt, Baselland, Aargau und Solothurn beschlossen, die per Schuljahr 2014/15 in Kraft treten werden. Vorgängig wurden alle Beteiligten in einer Konsultation eingeladen, ihre Rückmeldungen abzugeben. Die Konferenzvorstände der Basler Gymnasien waren mehrheitlich gegen eine Vereinheitlichung von Prüfungen. Sie können nun aber mit den definitiven Vorgaben zum «Gemeinsamen Prüfen vor Ort» leben.

Die Richtlinien verfolgen das Ziel, die Unterrichtsentwicklung in eigener Verantwortung zu fördern, die Zusammenarbeit in den Fachschaften zu intensivieren und letztlich so die Maturität zu stärken. An jedem Gymnasium werden gemeinsame Prüfungen stattfinden. Konkret wird in jeder Fachschaft im Verlauf von drei Jahren mindestens eine gemeinsame Prüfung erstellt, durchgeführt und ausgewertet. Die Schulleitung erlässt in Absprache mit ihren Fachschaften den Prüfungsplan. Jede Fachschaft legt eine Sammlung von gemeinsamen Prüfungen an.

PASSEPARTOUT

Seit 2011 wird an den 3., 4. und 5. Klassen der Primarschule Frühfranzösisch unterrichtet. Im Schuljahr 2013/14 ist nun auch noch Frühenglisch ab der 5. PS-Klasse dazugekommen. Die KSBS beobachtet diese Entwicklung sehr aufmerksam und hat in der neu geschaffenen «Echo-Gruppe Passepartout» Einsitz genommen.

Rückmeldungen zum Frühfremdsprachenprojekt Passepartout treffen bei der KSBS von den verschiedensten «Fachleuten» ein: In der Echo-Gruppe informiert die kantonale Projektleitung kompetent über die sorgfältige Organisation ihrer Unternehmung und den aktuell hohen Weiterbildungsstand der Lehrpersonen. Diametral anders verhält sich der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH), der öffentlich über den Abbruch des Projektes nachdenkt und deswegen die Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative im Jahre 2015 in Erwägung zieht. Schliesslich äusserte sich auch Christoph Eymann in seiner

Funktion als frisch gewählter Präsident der Schweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) zum Thema. Er betonte in der Novemberausgabe von «Bildung Schweiz», wie wichtig das Erlernen zweier Fremdsprachen auf der Primarstufe (insbesondere einer zweiten Landessprache) für den Zusammenhalt der gesamten Nation sei.

Und was meinen die Lehrpersonen dazu? Aus den Schulstuben melden sich zum Thema Passepartout vorwiegend kritische, aber auch einige zufriedene Stimmen bei der Kantonalen Schulkonferenz. Darum möchte die KSBS hier gerne noch ein bisschen genauer hinhören. Zu diesem Zweck hat die KSBS zusammen mit Kolleginnen und Kollegen der Allgemeinen Kantonalen Konferenz (AKK) Basellandschaft eine Umfrage bei den vom Frühfremdsprachenunterricht direkt betroffenen Lehrpersonen vorbereitet, die im Frühjahr 2014 durchgeführt und bis zum Sommer ausgewertet werden wird. Hauptziel der Umfrage ist es, zu erfahren, wie sich Passepartout auf die konkrete Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer mit den Schulklassen auswirkt. Noch im laufenden Schuljahr möchte die Kantonale Schulkonferenz gerne über die Umfrageresultate sowie die sich daraus ableitbaren Folgerungen und allfälligen Verbesserungsvorschläge berichten.

EINFÜHRUNG SCHULLAUFBAHNERORDNUNG

Die Kantonale Schulkonferenz hat von zahlreichen Schwierigkeiten bei der Einführung der neuen Laufbahnverordnung auf der Primarstufe Kenntnis genommen. Das durch diese Verordnung initiierte neue Beurteilungsverfahren kam – nicht zuletzt aufgrund des hohen Tempos bei der Einführung – nicht nur positiv bei den betroffenen Lehr- und Fachpersonen an. Im Rahmen des erweiterten Konferenzvorstands (EKV) wurden von der KSBS erste Erfahrungen aus dem Kindergarten und der Primarschule gesammelt und dokumentiert. Eine Zusammenstellung dieser Daten wurden daraufhin den beteiligten Fachstellen und Gremien zur Verfügung gestellt.

Die zahlreich eingegangenen Rückmeldungen wurden von der Volksschulleitung mit Interesse aufgenommen. Bereits wurden erste Anpassungen vorgenommen, weitere werden folgen. Pro Kollegium gibt es nun ein bis zwei «Schullaufbahn-Verantwortliche», die an Austauschtreffen teilnehmen und an ihrem Schulstandort erste Anlaufstelle für Fragen und Auskünfte sind. Die zahlreichen inhaltlichen (Detail-)Fragen zum neuen Beurteilungsverfahren wurden zudem zu einer imposanten und sehr informativen FAQ-Liste verarbeitet, die allen Lehr- und Fachpersonen offen steht.

Die KSBS rechnet damit, dass die eben erst begonnene Einführung der neuen Schullaufbahnverordnung während der nächsten Jahre weiterhin zu einigen Diskussionen Anlass geben wird. Bis die neuen Abläufe der Lernbeurteilung in der Praxis reibungslos funktionieren, werden wohl noch zahlreiche Austauschtreffen und gar manche Optimierungsmassnahme notwendig sein. Die KSBS wird sich zusammen mit ihren Partnern beharrlich dafür einsetzen, dass dies letztlich gut gelingen wird.





VERORDNUNGSDSCHUNDEL

Die Strukturveränderungen, in deren Zug die OS und WBS verschwinden werden, ziehen die Anpassung und Überarbeitung verschiedenster Verordnungen mit sich. Das Erziehungsdepartement war bemüht, Vorhandenes zu verbinden und zu vereinheitlichen, um nachher Verordnungen «aus einem Guss» zu haben. Im Herbst wurden der KSBS eine neue Absenzen- und Disziplinarverordnung, eine Verordnung zur Kooperation mit den Erziehungsberechtigten und eine ebensolche zu den Rechten und Pflichten der Schülerinnen und Schüler vorgelegt. Diese wurden im Vorstand und in verschiedenen erweiterten Konferenzvor-

ständen diskutiert, mit einzelnen Rückmeldungen versehen und entsprechend retourniert. Eine kontroverse Diskussion lösten die vorgeschlagenen Varianten zur Absenzenregelung aus, da Absenzen und der geschickte pädagogische Umgang damit ein sensibles Thema sind. Welche Signale sendet die eine oder andere Variante aus, wie verhält es sich mit dem administrativen Aufwand und welchen Stellenwert hat in dieser Frage die Selbstverantwortung der Schülerinnen und Schüler? Schliesslich hat sich die KSBS für die schlanke Variante mit den Halbtages-Absenzen entschieden.

